



Presseschau vom 08.08.2017

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends / nachts:

de.sputniknews.com: Ukraine: Naftogaz-Chef wirft Energieminister millionenschweren Wirtschaftsschaden vor

Der Chef des ukrainischen Energiekonzerns Naftogaz, Andrej Kobolew, hat am Montag auf Facebook dem Energieminister in Kiew, Igor Nassalik, vorgeworfen, der ukrainischen Wirtschaft einen Schaden in Millionenhöhe zugefügt zu haben.

„Im vorigen Jahr sind die lautstarken Erklärungen des Ministers über das Gasdefizit in den ukrainischen Untertagespeichern zu einem der Hauptgründe für das spekulative Wachstum der Gaspreise in der EU geworden, was die Ukraine einige Dutzend Millionen Dollar gekostet hat. Und jetzt kommen die Äußerungen über die Unfähigkeit des ukrainischen Gastransportsystems, Gas durchzuleiten“, so Kobolew. „Wer solche Freunde hat, braucht keine Feinde.“

Zuvor hatte Nassalik gemeldet, dass der ukrainische Gasnetzbetreiber Ukrtransgas wegen der Unwilligkeit von Naftogaz, in die ukrainischen Untertagelager zu investieren, für den Gastransit nach Europa technisch nicht bereit sein könnte. Dies könnte zu einer „Katastrophe“ führen, warnte er.

Rusvesna.su: Eilmeldung: Die ukrainische Armee ließ eine OSZE-Delegation nicht nach Stschastje durch und wollten die Brücke nicht entminen

Der stellvertretende Leiter der Speziellen Beobachtermission der OSZE Alexander Hug hat erklärt, dass die ukrainische Armee ihm und anderen Vertretern der Mission das Passieren der Brücke bei Stschastje verwehrt haben, wobei sie sich weigerten, die Minen in dem entsprechenden Abschnitt zu räumen.

Bereits heute Morgen hatte Hug die von Kiewer Kämpfern beschädigte Brücke an der Abgrenzungslinie bei Staniza Luganskaja inspiziert.

„Etwas später waren wir an der Übergangsstelle über den Fluss Sewerskij Donez“ an der Abgrenzungslinie in der Nähe von Stschastje“, erklärte der Vertreter der Mission auf einer Pressekonferenz in Lugansk.

„Doch statt uns den Übergang zu ermöglichen, hielten uns die Minen auf, die sich dort befinden, und verhinderten das Überqueren der Brücke.“

„Die ukrainischen Streitkräfte haben in diesem Fall die Minen nicht entfernt und dem Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordination der Waffenruhe ist es nicht gelungen, irgendwie Einfluss auf die ukrainische Seite auszuüben und die notwendigen Aktionen zu koordinieren“, sagte Hug.

Der stellvertretende Leiter der Mission erklärte, dass diese Brücke als ein möglicher Punkt des Übergangs der Abgrenzungslinie in Betracht gezogen wird.

„Sie wissen, dass diese Brücke eine der Möglichkeiten ist, die von Zivilisten zum Übergang unter der Bedingung genutzt werden könnte, dass dies genehmigt werden und dieser Punkt eröffnet werden könnte“, führte er aus.

Zuvor hatte das Oberhaupt der LVR betont, dass die Republik bereit ist zur baldigen Öffnung von Checkpoint in Staniza Luganskaja und Stschastje, erst danach werde die LVR die Öffnung eines Kontroll- und Passierpunktes im Gebiet Solotoje in Betracht ziehen.

Es sei daran erinnert, dass im Verantwortungsbereich der LVR der einzige offiziell arbeitende Kontrollpunkt im Gebiet von Staniza Luganskaja gelegen ist, wo die Abgrenzungslinie entlang des Sewerskij Donez verläuft. Der Fußgängerverkehr über die Brücke, die vor fast zwei Jahren von der ukrainischen Armee teilweise gesprengt worden war, verläuft über provisorische Holztreppe und Plattformen. Ein Fahrzeugverkehr über die Brücke, die auf mehrfachen Vorschlag der LVR schon längst repariert werden sollte, ist gegenwärtig nicht möglich.



http://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/obse_93.jpg

de.sputniknews.com: Siemens präzisiert „einfache Lösung“ für Konflikt um Krim-Turbinen
Der deutsche Konzern Siemens betrachtet laut seinem Sprecher Philipp Encz den Rückkauf der angeblich illegal auf die Krim gelieferten Gasturbinen als eine einfache Konfliktlösung. Encz sagte am Montag gegenüber russischen Medien, dass der Rückkauf technisch gesehen wie eine Einigung des Preises aussehen könnte, den eine Seite zahlen würde, um die Turbinen zurückzubringen. Von diesem Standpunkt aus sei dies eine durchaus einfache Operation, so der Siemens-Sprecher.

Als eine weitere Variante für die Konfliktlösung bezeichnete er die beim Moskauer Schiedsgericht eingereichte Beschwerde. In dem Dokument bestehe Siemens auf der Rückgabe aller vier Turbinen von der Krim in die südrussische Region Krasnodar.юю

de.sputniknews.com: Darum wird Trump diplomatische Mission der USA in Russland schnell reduzieren

Die Administration von US-Präsident Donald Trump hat es eilig, die Forderung Russlands nach der Reduzierung der diplomatischen Mission zum 1. September zu erfüllen, damit das Image Washingtons in den USA selbst nicht angekratzt wird. Das sagte Maxim Sutschkow, Experte des Valdai-Diskussionsklubs, am Montag in Moskau.

Ein weiterer Grund für diese Eile sei die Angst, dass die Administration ein weiteres Mal „einer Verschwörung mit dem Kreml“ verdächtigt werde, sagte Sutschkow.

Zuvor hatte US-Außenminister Rex Tillerson mitgeteilt, dass Washington die Forderung Moskaus zum 1. September beantworten wird. Nach Angaben der Agentur AP wollte Tillerson seinen russischen Amtskollegen Sergej Lawrow am Sonntag bei ihrem Treffen in Manila davon in Kenntnis setzen.

Sutschkow zufolge sollte beim Treffen Tillerson-Lawrow in Manila klar gestellt werden, ob und in welchem Ausmaß jede Seite zur Fortsetzung der Eskalation bereit wäre. „Russlands Chefdiplomat erkannte an, dass die USA zur Fortsetzung des Dialogs bereit sind, und bezeichnete dies als ‚positives Signal‘“, fuhr der Experte fort.

Allerdings gebe es hierbei ein großes Problem: Die Amerikaner können noch nicht als ein geeinter Akteur wahrgenommen würden. „Selbst wenn Tillerson und Trump weiterhin an einer konkreten Zusammenarbeit zu einem engen Kreis von Problemen interessiert sein würden, bleibt der Kongress nicht nur feindlich gesinnt gegenüber Russland. Er wird jeden Kontakt der Administration zu Moskau peinlichst beobachten und eine beliebige potentielle gemeinsame Initiative kritisch einschätzen“, sagte Sutschkow.

Russlands Außenamt hatte die USA am 28. Juli aufgefordert, die Zahl ihrer Diplomaten und des technischen Personals mit der Zahl der Mitarbeiter der russischen diplomatischen Vertretungen in den USA in Einklang zu bringen. Demnach sollten rund 700 Mitarbeiter der US-Botschaft und der Konsulate in Russland ihre Arbeit einstellen.

Zudem untersagte Russland den USA die Nutzung von Lagerräumen in Moskau und eines Ferienhauses in Serebrjany Bor in Moskau. Das war eine Antwort auf die antirussische Politik der USA und die von Washington konzipierten neuen antirussischen Sanktionen

rusvesna.su: Eilmeldung: Der „Rechte Sektor“ zieht Kräfte zusammen, um sich an der ukrainischen Armee für den Mord an seinen „Brüdern“ zu rächen, das Kommando der „ATO“ beabsichtigt, die Nazisten zu liquidieren

Wie rusvesna bereits berichtete, hat die ukrainische Armee am 06. August gegen 13:00 Uhr einen „Grad“-Beschuss auf die Positionen des „Rechten Sektors“ im Gebiet des Ortes Pischtschewik in Mariupoler Richtung ausgeführt.

Derzeit ziehen die Neofaschisten ihre Kräfte zusammen und wollen sich an den ukrainischen

Soldaten wegen der getöteten „Brüder“ rächen.
Dies erklärte gegenüber rusvesna der stellvertretende Kommandeur des operativen Kommandos der DVR Eduard Basurin...



http://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/pravyy_sektor_boevik_s_pistoletom.jpg

de.sputniknews.com: Moskau warnt Washington vor „klarem Gegensignal“ nach Personalabbau der US-Mission

Moskau wird unvermeidlich reagieren, sollte Washington Gegenmaßnahmen auf den Personalabbau seiner diplomatischen Mission in Russland treffen. Dies teilte der russische Vize-Außenminister Sergej Rjabkow am Montag mit.

Seines Erachtens hätten die Amerikaner kaum ein anderes Verständnis für die Motivation und Logik von Handlungen der russischen Seite und die Grundlage für neue Schritte bei der Gewährleistung der Aktivitäten der diplomatischen Missionen.

„Wenn dies passiert, dann bedeutet das, sie senden uns ein deutliches Signal, dass sie zu einer weiteren politischen Zuspitzung bereit sind“, erklärte Rjabkow.

Er betonte, dass Moskau Washington vor derartigen Aktionen gewarnt habe.

„Gottbewahre, dass sie sich so etwas trauen, denn dann wird eine ähnliche Reaktion von unserer Seite folgen. Gemäß den Genreregeln ist das unvermeidlich“, so der Diplomat.

Dabei fügte er hinzu, dass derartige Maßnahmen die Bedingungen für ein normales Funktionieren der diplomatischen Missionen drastisch verschlechtern würden.

Am Montagmorgen berichteten Medien, dass Washington bis zum 1. September die Forderung Moskaus über den Abbau der diplomatischen US-Mission in Russland entsprechend beantworten werde.

Ebenso am Montag erklärte Rjabkow, dass Russland als Reaktion auf die neuen US-Sanktionen seine Arbeit am Abbau der Abhängigkeit von den amerikanischen Zahlungssystemen und dem US-Dollar als Verrechnungswährung aktivieren wolle.

Ukrinform.ua: McCain sieht in Russland größere Bedrohung als in IS

Die Russische Föderation sei eine größere Bedrohung für die Welt als der „Islamische Staat“,

weil sie den Zugang zu komplizierteren Arten von Waffen habe, sagte in einem Interview mit The Arizona Republic der einflussreiche amerikanische US-Senator, Vorsitzender des Ausschusses für Streitkräfte, John McCain.

„Solche Terrorgruppen, wie der IS, stellen eine Bedrohung dar und werden in Zukunft weitere Angriffe durchführen. Aber sie haben keine militärischen Möglichkeiten, Technologien und Ehrgeiz zur Stärkung ihrer eigenen Absicht, die Welt zu regieren. Aber Russland nicht. Russland ist kein Freund für die freie Welt“, führt die Ausgabe die Worte des Senators an.

vormittags:

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden **siebenmal** die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit.

Beschossen wurden die Gebiete von **Schelobok, Kalinowo, Sokolniki, Slawjanoserbsk**. Geschossen wurde mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, verschiedenen Arten von Granatwerfern und Schusswaffen.

Zerstörungen von Gebäuden und Verletzte unter der Zivilbevölkerung und den Soldaten gibt es nicht.

de.sputniknews.com: Ukrainischer Küstenschutz hält russisches Fischerboot auf
Der ukrainische Grenzschutz hat am Wochenende im Asowschen Meer, mehr als 16 Kilometer von der ukrainischen Hafenstadt Mariupol entfernt, ein russisches Fischerboot aufgehalten. Das teilte der Pressedienst der Behörde am Montag mit.

Da das Boot auf die Signale der Grenzer nicht reagiert habe, sei beschlossen worden, Motorboote zu dem Schiff zu entsenden. Eine nachfolgende Durchsuchung an Bord des Bootes soll aber keine Verstöße aufgewiesen haben.

Demnach soll sich das russische Fischerboot offiziell zu Forschungszwecken in ukrainischen Territorialgewässern aufgehalten haben.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31693/32/316933203.jpg>

Armiyadnr.su: Operativer Bericht der Streitkräfte der DVR

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte **36 Mal** das Regime der Feueereinstellung verletzt. Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden **17 Ortschaften der Republik** mit Artillerie, Mörsern, Schützenpanzern, Schützenpanzerwagen, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

In der Folge von Beschüssen von Seiten der ukrainischen Streitkräfte gab es folgende Schäden:

Beschuss des Jasinowatajer Eisenbahndepots. Fensterscheiben herausgeschlagen, ein Teil einer Wand beschädigt.

Zusätzliche Informationen werden ermittelt.

de.sputniknews.com: Donbass: Rechter Sektor unternimmt Rachemission gegen ukrainische Armee

Die Militärführung der selbsterklärten Donezker Volksrepublik (DVR) meldet die Verlegung einer Abteilung des ukrainischen nationalistischen „Rechten Sektors“ in Richtung Süd-Donbass.

Wie ein Militärsprecher der DVR gegenüber Journalisten sagte, wollen sich die Kämpfer des „Rechten Sektors“ an den Armeeeinheiten rächen, die am Sonntag Stellungen dieser nationalistischen Organisation mit Mehrfachraketenwerfern „Grad“ beschossen hatten.

Am Montagnachmittag seien im Raum der von Kiew kontrollierten Stadt Marjinka fünf Busse und fünf gepanzerte Kraz-Lastwagen sowie im Raum der Kiew-treuen Stadt Kramatorsk eine Kolonne von 28 Lastwagen mit Mitgliedern des „Rechten Sektors“ gesehen worden, so der Sprecher. Die Extremisten hätten sich in Richtung Süd, ins Verantwortungsgebiet der 59. Brigade der ukrainischen Armee bewegt, um den Tod ihrer Mitkämpfer zu rächen.

Indessen seien alle im Raum von Mariupol stationierten Einheiten der ukrainischen Streitkräfte in Kampfbereitschaft versetzt worden, sagte der Sprecher. „Die Führung der ‚Anti-Terror-Operation‘ plant, alle ihr zur Verfügung stehenden Kräfte und Mittel einzusetzen, um die herbeigefahrenen Radikalen vollständig zu vernichten und – mittels der im Raum der ‚Anti-Terror-Operation‘ eingesetzten gehorsamen Medien — die Schuld den Streitkräften der DVR zuzuschreiben“, hieß es aus der Militärführung der DVR.



http://dnr-news.com/uploads/posts/2017-08/thumbs/1502183415_screenshot_32.jpg

Lug-info.com: Ein Einwohner von Lugansk, der von Spezialdiensten der Ukraine nach der Entlassung aus den Reihen der ukrainischen Streitkräfte angeworben wurde, hat sich mit einer Anzeige dazu beim Staatssicherheitsministerium der LVR gemeldet.

„Der Einwohner von Lugansk Wadim Alexejew, der 2014 in die ukrainische Armee einberufen worden war, hat nach einigen Jahren Dienst in den inneren Truppen die Entscheidung getroffen, die Armee zu verlassen und in die Heimat zurückzukehren“, teilte das MfS mit.

„Vor der Abreise in die LVR wurde Wadim vom Sicherheitsdienst der Ukraine angeworben. Er erhielt das Pseudonym „Jaswa“ und die Aufgabe, Informationen in Bezug auf Soldaten der LVR zu sammeln. Insbesondere waren die Spezialdienste der Ukraine an Informationen über die Ausreise von Soldaten der Volksmiliz oder ihrer Verwandten auf das von den Kiewer Truppen kontrollierte Territorium interessiert“, fügte das MfS hinzu.

Bei der Rückkehr nach Lugansk vernichtete Alexejew alle SIM-Karten, über die er dem Sicherheitsdienst der Ukraine diese interessierende Informationen weitergeben sollte, beantragte einen Pass der LVR und beim Eintritt in den Militärdienst bei der Volksmiliz der Republik meldete er dem MfS seine Anwerbung.

„Kundgebung am Gebäude der Administration der Präsidenten der Ukraine und der Obersten Rada fanden praktisch täglich statt. An den Gebäuden versammelten sich Kämpfer des „Rechten Sektors“ und Sowoboda-Anhänger, Soldaten der Ukraine und Bergleute. Sie forderten Lohnzahlungen und Rotation. Mütter von wehrpflichtigen Soldaten, die gar nicht zur Ausbildung, sondern in die „ATO“-Zone geschickt wurde, fragen, wo ihre Söhne seien“, berichtete Alexejew während der Befragung über die Situation in Kiew.

Das MfS erinnerte daran, dass gemäß der Gesetzgebung der Republik eine rechtzeitige Mitteilung über eine Heranziehung zur Zusammenarbeit von Seiten ausländischer Spezialdienste zur Freistellung von der strafrechtlichen Verantwortung führt.

de.sputniknews.com: „Unfreundschaftlicher Schritt“: Kiew empört über Vorlage für neuen polnischen Pass

Das Außenministerium der Ukraine hat nach eigenen Angaben entschieden Protest gegen die Pläne Warschaws erhoben, in einem neuen Bürgerpass die Abbildung einer Kapelle im westukrainischen Lwiw zu platzieren.

Der polnische Botschafter Jan Pieklo wurde ins Außenministerium zitiert, wo ihm eine Protestnote im Zusammenhang mit der Absicht des Innenministeriums und der Regierung Polens überreicht wurde, die auf dem Lytschakowski-Friedhof in Lwiw befindliche Kapelle abbilden zu lassen.

Kiew betrachtet diese Pläne als einen „nicht freundschaftlichen Schritt“, der sich auf die Entwicklung der Partnerschaft der beiden Staaten negativ auswirke.

„Die Ukraine tritt gegen die Politisierung einzelner historischer Fakten auf, die die Entwicklung einer gegenseitig vorteilhaften strategischen Partnerschaft der Ukraine und Polens beeinträchtigen könnten“, hieß es aus dem ukrainischen Außenamt.

Es kommt zu immer neuen Auseinandersetzungen zwischen der Ukraine und Polen in Bezug auf geschichtliche Fragen. So hat der polnische Außenminister Witold Waszczykowski Anfang Juli erklärt, dass Polen eine Integration der Ukraine in die Europäische Union wegen der Glorifizierung des Chefs der Organisation der ukrainischen radikalen Nationalisten OUN, Stepan Bandera, nicht zulassen werde.

Darauf erklärte der ukrainische Botschafter Markijan Lubkiwski, früher Berater des ukrainischen Sicherheitsdienstes SBU, die Einsprüche der polnischen Seite seien „unfreundschaftlich“ und „unzeitgemäß“.

In Polen soll 2018 zum 100. Jahrestag der Unabhängigkeit des Staates ein Bürgerpass mit einem neuen Design herausgegeben werden. Das Dokument soll unter anderem die Abbildungen der „Gedenkstätte der Jungen Adler“, zu der die genannte Kapelle gehört, sowie

des „Heiligen Tores“ (Tor der Morgenröte) in Vilnius enthalten.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31693/47/316934713.jpg>

Lug-info.com: Kommentare des bevollmächtigten Vertreters der LVR bei den Verhandlungen in Minsk Wladislaw Dejnego (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die ukrainische Seite hat gezeigt, wie sie die Zukunft der Brücke bei Staniza Luganskaja sieht, indem sie sie zweimal im Jahr 2015 gesprengt hat, erklärte Wladislaw Dejnego.

So kommentierte er die Worte des stellvertretenden Leiters der OSZE-Mission Alexander Hug auf einer Pressekonferenz in Lugansk, dass Kiew und die LVR selbst eine Vereinbarung über den Wiederaufbau der Brücke bei Staniza Luganskaja treffen müssen.

„Ihr Herangehen kennen wir sehr gut, im Jahr 2015 war der erste Versuch im Januar, der zweite im März, wo die Brücke gesprengt wurde. Eine der Überspannungen der Brücke wurde in der Folge der Sprengung eines Fahrzeugs beschädigt, das sich von der ukrainischen Seite in unsere Richtung bewegte“, erinnerte der Vertreter der DVR.

„Nun das ist die Position der Ukraine bezüglich dieser Brücke – die Brücke darf es nicht geben. Und wenn wir jetzt darauf eingehen und warten, wann die Ukraine ihre Sicht bezüglich des Wiederaufbaus der Brücke abgibt, dann, so denke ich, wird diese Sicht eindeutig sein – sie bis auf die Grundmauern zu zerstören“, erklärte Dejnego.

Dejnego erklärte, dass die LVR, wie zuvor, auf einem möglichst schnellen Wiederaufbau der Brücke nach dem Projekt des IKRK besteht. Aber nach seiner Meinung nach „drückt sich Hug einfach vor der Realität“. „Er spricht davon, dass die Seiten eine Vereinbarung schließen müssen. Entschuldigen Sie, soll das Rote Kreuz so von dieser Prozedur ausgeschlossen werden“, fragte Dejnego.

„Das Rote Kreuz besteht darauf, dass es notwendig ist, annehmbare Bedingungen für die Menschen zu gewährleisten, die die Abgrenzungslinie an diesem Abschnitt passieren“, erklärte er. Dabei haben wir unsere Zustimmung zu dem vom IKRK vorbereiteten Projekt gegeben und die ukrainische Seite verzögert den Prozess in jeder Weise, weicht aus, schwafelt von irgendwelchen alternativen Herangehensweise an die Fragen der Brücke in Staniza Luganskaja“.

Dejnego empfahl Alexander Hug, die Berichte seiner eigenen Mission zu lesen, bevor er die LVR der Verletzung ihrer Verpflichtungen beschuldigt. Hug hatte auf einer Pressekonferenz am 7. August erklärt, dass die OSZE-Mission mit Hilfe technischer Beobachtungsmittel angeblich feststellt, dass „die Seiten ihre Verpflichtungen zur Stabilisierung der Situation im

Gebiet von Staniza Luganskaja nicht erfüllen“.

„Herr Hug, lesen Sie die offiziellen Bericht der OSZE. Der letzte Verstoß wurde am 13. Juli festgestellt, danach gab es keine Verstöße mehr. Davor wurden Verstöße der ukrainischen Seite registriert“, unterstrich Dejnego.

„Wie ist es dann möglich zu sagen, dass die Seiten ihre Verpflichtungen nicht erfüllen, wenn wir mehr als 60 Mal unsere Bereitschaft erklärt haben und 17 Mal unmittelbar mit der Erfüllung unseres Teils der Verpflichtungen zur Trennung von Kräften und Mitteln bei Staniza begonnen haben“, fuhr er fort.

„Offensichtlich lag unsere Nichterfüllung darin, dass wir unsere Einheiten nicht einseitig abgezogen haben“, stellte der Vertreter der Republik fest.

Dejnego merkte an, dass Hug „sehr gut weiß, dass die Erfüllung der Maßnahmen zur Trennung von Kräften und Mitteln bei Staniza Luganskaja von beiden Seiten gleichzeitig und symmetrisch erfolgen muss“.

„Deshalb habe ich die Frage, welchen Teil der Verpflichtungen wir nicht erfüllt haben“, fasste der Vertreter der LVR zusammen.

de.sputniknews.com: Gasstreit Russland-Ukraine: Naftogaz erhöht Forderung an Gazprom um 5 Mrd. Dollar

Der ukrainische Energiekonzern Naftogaz plant, seine Klageforderungen an den russischen Gaskonzern Gazprom um mehr als 5 Milliarden Dollar zu erhöhen. Dies erzählte der Naftogaz-Geschäftsführer Juri Witrenko im Interview mit dem ukrainischen TV-Sender „Pjatyj kanal“ (Fünfter Kanal).

„Wir rechnen damit, dass wir zu unseren Klagen eine gerechte Entschädigung von Gazprom bekommen“, sagte Witrenko.

Die Gesamtsumme der Forderungen wird somit mehr als 18 Milliarden Dollar erreichen. Gazprom und Naftogaz Ukrainy sind in ihrem Gasstreit vor drei Jahren vor das Stockholmer Schiedsgericht gegangen. Gazprom bestritt damals die Aufhebung der Take-or-pay-Klausel. Der russische Konzern hatte von der Ukraine eine Kompensationszahlung in Höhe von 37 Milliarden US-Dollar gefordert. Diese Forderung umfasst die Schulden für erfolgte Gaslieferungen Ende des Jahres 2013 und des Jahres 2014, die Strafe gemäß Vertragsklausel ‚take or pay‘ für die Jahre 2012 bis 2016 sowie Säumniszuschläge, was insgesamt 47 Milliarden Dollar sind. Naftogaz forderte von Russland in einer Gegenklage eine Revision der Gaspreise ab Mai 2011 sowie eine Entschädigung für die Überbezahlung in Höhe von 18 Milliarden Dollar. Eine Zwischenentscheidung hatte das Stockholmer Schiedsgericht am 31. Mai getroffen.

Ukrinform.ua: OSZE: 7 Kriegsoffer innerhalb eines Monats

Die OSZE-Mission habe innerhalb des letzten Monats durch Kämpfe in der Luhansker Region 7 Opfer unter der Zivilbevölkerung festgestellt, gab am Montag auf einer Pressekonferenz der erste stellvertretende Leiter der Beobachtungsmission der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), Alexander Hug, bekannt.

Und seit Anfang des Jahres hat die OSZE-Mission ihm zufolge 341 Kriegsoffer unter der Zivilbevölkerung konstatiert.

Herr Hug fügte auch hinzu, dass in der letzten Woche die Zahl der Verletzungen der Waffenruhe um 55 Prozent gestiegen ist. Insbesondere wurden 540 Fälle von Einsätzen von schweren Waffen festgestellt.

Dnr-news.com: Muzhenko bezifferte die Verluste der ukrainischen Armee in den drei Jahren „ATO“

Mit Stand vom 27. Juli 2017 wurden infolge der „ATO“ im Donbass 2307 ukrainische

Soldaten getötet, 8185 wurden verletzt. Dies sagte in einem Interview mit Liga.net der Chef des Generalstabs der ukrainischen Streitkräfte Wiktor Muzhenko.

Muzhenko führte weiter aus, dass die genannten Zahlen lediglich die kampfbedingten Verluste beinhalten. Außerdem seien 871 Soldaten seinen Worten nach an Krankheiten, in Verletzung von Sicherheitsvorschriften, durch Verkehrsunfälle und Selbstmord gestorben. „Die Aussagen, dass die nicht kampfbedingten Verluste die kampfbedingten übertreffen, sind nicht richtig. Im Gegenteil, im Vergleich zu 2015-2016 haben sie sich um einiges verringert“, erklärte Muzhenko und fügte hinzu, dass Krieg immer Menschen tötet, das sei „seine Natur“.

Nachmittags:

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR

Oberstleutnant Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR **bleibt angespannt**.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner siebenmal das Regime der Feuereinstellung verletzt. Beschossen wurden die Positionen unserer Einheiten in den Gebieten von Shelobok, Sokolniki, Slawjanoserbsk und Kalinowo.

Der Gegner hat 120- und 82mm-Mörser, Schützenpanzer, Granatwerfer verschiedener Art und Schusswaffen verwendet. Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik 216 Geschosse abgeschossen.

Die ukrainischen Truppen verletzen auch weiterhin die Minsker Vereinbarungen bezüglich des Abzugs von schweren Waffen von der Kontaktlinie.

So wurden im Gebiet von Nowotoschkowskoje neue Positionen von zwei Mörserbatterien der 58. Brigade entdeckt.

Die Verteidigungsbehörde der Republik erhält weiter Mitteilungen über die Verletzung von Rechten von Bürgern, die sich auf dem von den ukrainischen Streitkräften kontrollierten Territorium befinden.

So wurde in Popasnaja **ein Schulgebäude eingenommen**, um dort Soldaten der 10. Brigade der ukrainischen Streitkräfte unterzubringen.

Derzeit finden auf dem anliegenden Territorium Befestigungsarbeiten statt.

Dies und andere Fakten bestätigen, dass das Kommando der „ATO“ die verfassungsmäßigen Rechte und die internationalen Normen des humanitären Rechts der Einwohner des Donbass verletzen.

Die Volksmiliz **unterstützt weiter die OSZE-Mission** bei ihrer Arbeit. Gestern ging im Gebiet von Obosnoje während der Beobachtung der Lage durch den stellvertretenden Leiter der OSZE-Mission Alexandr Hug die Verbindung mit einer Drohne der Mission verloren. Durch die Volksmiliz wurde sie operativ entdeckt und zurückgebracht. Ich erinnere daran, dass dies seit Anfang des Jahres schon die achte Drohne ist, die durch elektronische Kriegsführung der ukrainischen Streitkräfte außer Funktion gesetzt wird.

Die Verwendung von Mitteln der elektronischen Kriegsführung durch die ukrainischen Streitkräfte bestätigt die Verletzung der Anforderungen zum Abzug schwerer Waffen an der Kontaktlinie durch die Ukraine.

de.sputniknews.com: Friedensfahrt Berlin-Moskau über die Krim: „Dazu gehört etwas Mut“
Juri Hempel, Vorsitzender der Deutschen National- und Kulturautonomie der Krim, bewundert die Europäer, die die Krim trotz der Blockade durch die Ukraine besuchen. Dazu gehört etwas Mut, meint er. Sie kommen auf die Halbinsel, um die Mediensperre zu durchbrechen.

„Auf der Krim wird der Volksdiplomatie große Bedeutung beigemessen“, sagte er bei der Begrüßung der Friedensfahrt Berlin-Moskau, die auf Initiative des internationalen Vereins Druschba Global am 23. Juli am Brandenburger Tor startete und die Krim-Hauptstadt Simferopol in der vorigen Woche erreicht hat. Laut Hempel haben schon 180 Gäste allein aus Deutschland die Krim besucht. Im September wird auf der Halbinsel eine weitere deutsche und im Oktober eine norwegische Delegation erwartet.

Es sind nicht nur Touristen, sondern auch Geschäftsleute und Kulturschaffende. Für großes Aufsehen hat auf der Halbinsel in diesen Tagen der Auftritt der deutschen Techno-Band Scooter gesorgt, trotz der ihr von Kiew angedrohten strafrechtlichen Verantwortung bis zu acht Jahren Haftstrafe. Ihr Konzert leitete der Mitveranstalter der Friedensfahrt Berlin-Moskau, Dr. Rainer Rothfuß, mit einer kurzen Ansprache ein. Er sieht in der Informationsblockade gerade ein grundlegendes Problem.

Mut, um Krim zu besuchen

Er bedauert es, dass man Mut brauche, um auf die Halbinsel zu kommen: „Im westlichen Teil Europas und in den USA und damit auf der ganzen Welt, weil sie die Medien bestimmen, wird eine ganz andere Realität von der Krim gemalt.“ Rothfuß erwähnte eine Online-Petition an die deutsche Regierung, die etwa 17 000 Bundesbürger unterschrieben haben und die einen Dialog mit Russland fördert.

„In diesen Antrag haben wir extra einen Punkt gesetzt“, so der geopolitische Analyst, „bitte organisiert eine große Konferenz, wo Wissenschaftler aus Ost und West gemeinsamen analysieren, was in der Realität in der Krim-Frage passiert ist. Denn die Krim ist die Schlüsselfrage an den seit Jahren dauernden Sanktionen, die zu einer Abkühlung der Beziehungen zwischen dem Westen und Russland geführt haben. Der Fakt ist, dass im Westen die Realität, was sich in der Ukraine und auf der Krim abgespielt hat, ignoriert wird, genauso wie in der Vergangenheit in der Kosovo-Frage.“

Dabei bewundert Dr. Rothfuß, wie friedlich Russland die Krim-Frage gelöst hat im Vergleich zu dem seit drei Jahren andauernden Krieg im Osten der Ukraine. Die Krim-Bevölkerung habe ihren Autonomiestatus genutzt und ein Referendum durchgeführt und somit direkte Demokratie in die Hand genommen.

„Es gibt andere Staaten, wo es auch Session gab, Süd-Sudan und Ost-Timor“, fährt der Wissenschaftler fort. „Sie haben viele Jahrzehnte darauf gewartet, bis ein Referendum durchgeführt wurde. Viele Millionen Menschen sind dabei gestorben.“

Menschenleben oder Staatsgrenzen

Das Menschenleben sei heiliger als Staatsgrenzen, urteilt Rothfuß und führt Beispiele an: „Deutschland hat auch Territorien verloren. Königsberg ist heute Kaliningrad, und Elsass ist heute in Frankreich. Aber wenn die Menschen in Frieden und Freiheit leben können, so ist es die Pflicht des Staates, das zu garantieren.“

Der von Rothfuß geleitete Druschba Global e.V. veranstaltete die Friedensfahrt Berlin-Moskau von 300 Bürgern, um Freundschaftsgefühle zu Russland zu manifestieren. „Wir bringen zum Ausdruck, dass Russland und Deutschland Partner, gute Nachbarn und Freunde sein sollen. Dann können wir den Frieden in Europa langfristig sichern. Unsere Teilnehmer sind in sieben verschiedenen Gruppen durch Russland unterwegs. Die Krim und der Kaukasus sind die längsten Routen. Andere sind vom Baikalsee Karelien, vom Goldenen Ring, von Petersburg und der Wolga auf dem Weg nach Moskau.“

Das Ziel der Friedensfahrt sei es, so Rothfuß, Austausch über die politischen Differenzen hinweg zu pflegen. Die Menschen in Russland seien dafür offen. „Das ist unsere Erfahrung. Wenn wir nach Deutschland zurückkehren, ist es unsere Aufgabe, unsere Mitmenschen zu ermutigen, nicht daran zu glauben, dass Frieden durch Waffen und steigende Militärbudgets gesichert werden kann. Statt Nato brauchen wir einfach nur Austausch. Und nächstes Jahr sollen alle Menschen zur Fußball-WM nach Russland kommen.“



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/31693/60/316936096.jpg>

Armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin

Die ukrainische Seite verletzt weiter den Waffenstillstand, unter anderem unter Anwendung schwerer Waffen.

In Richtung Donezk hat der Gegner großkalibrige Artillerie und Mörser verwendet. Auf **elf Ortschaften** und die umliegenden Gebiete wurden elf Artilleriegeschosse des Kalibers 152 und 122mm, sowie 109 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm und 82mm abgeschossen.

In Richtung Mariupol hat der Gegner aktiv mit Granatwerfern und Schusswaffen **sechs Ortschaften** und die umliegenden Gebiete beschossen.

Insgesamt wurden in den letzten 24 Stunden 36 Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

In der Folge von Beschüssen von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurde das Jasinowatajer Eisenbahndepot teilweise beschädigt.

Bei der Verteidigung der Republik **starb ein Soldat**.

Im Gebiet von Awdejewka wurde ein Feuerzeug von 152mm-Haubitzen 2S3 „Akazija“ aus dem Bestand der 2. Haubitzenabteilung der 72. mechanisierten Brigade auf **Feuerpositionen** bemerkt. Ich merke an, dass diese Positionen **in Wohngebieten der Stadt** liegen.

Die Führung der Nationalpolizei der Ukraine ist vom zunehmenden Fluss ungesetzlichen Waffen- und Munitions Handels in der „ATO“-Zone beunruhigt und in der Folge durch die zunehmende Kriminalität im Land.

Wie ich bereits mitgeteilt habe, geht ein großer Teil der Schmuggelware durch die Hände ukrainischer Freiwilliger, die sich in der „ATO“-Zone frei bewegen. Es gibt nicht wenige Fälle, wo Soldaten der ukrainischen Streitkräfte die Geschäfte direkt ohne Vermittler durchführen und die Waffen und Munition an organisierte kriminelle Gruppen verkaufen. Zu den Spitzenkräften des ungesetzlichen Geschäfts gehören die Soldaten der 72. mechanisierten Brigade. Die geschäftstüchtigsten Soldaten dieser Brigade nutzen für den Transport der Waffen die Dienste des ukrainischen Unternehmens „Neue Post“.

Ukrinform.ua: Generalmajor: Verbindungsmittel ukrainischer Streitkräfte entsprechen den Nato-Standards

Das System der Verbindungsmittel der Streitkräfte der Ukraine nähert sich bereits den Nato-

Standards, insbesondere in der Cyber-Sicherheit, sagte auf einem Briefing der Chef der Fernmeldetruppen der ukrainischen Streitkräfte, Generalmajor Wolodymyr Rapko, berichtet ein Ukrinform-Korrespondent.

„Jetzt findet die komplette Umrüstung der Verbindungsmittel durch die modernsten technischen Mittel nach den Nato-Standards statt. Geschaffen ist das Cyber-System der Streitkräfte und unsere Spezialisten haben in Deutschland beim Cyber-Wettbewerb erste Plätze belegt“, sagte Rapko.

In diesem Kontext stellte er fest, dass als ein eindrucksvolles Beispiel für die hohen Leistungsmöglichkeiten der ukrainischen Spezialisten in der Cyber-Sicherheit die Tatsache dienen kann, dass der bekannte Virus „Petya.A“ den Computersystemen der Streitkräfte der Ukraine keine Schaden zugefügt hatte.

de.sputniknews.com: Kiew verzichtet auf Schlüsselrolle in europäischer Energiewirtschaft
Der ukrainische Energieminister Igor Nassalik hat jüngst eingeräumt, dass sein Land den russischen Gastransit nach Europa nicht garantieren könne, und zwar wegen der Abnutzung seines Pipelinesystems, schreibt die Zeitung „Nesawissimaja Gaseta“ am Dienstag.

„Es könnte dazu kommen, dass die Firma Ukrtransgaz rein technisch nicht bereit sein wird, das Gas zu befördern. Sollte das System nicht bereit sein, wäre das eine Katastrophe“, sagte Nassalik in einem TV-Interview. Zugleich warf der dem Top-Management von Naftogaz Ukrainy (Mutterkonzern von Ukrtransgaz) die ständige Kürzung der Investitionen in das nationale Pipelinennetz vor.

Damit unterstützte der Minister die Führung von Ukrtransgaz, die zuvor Naftogaz Ukrainy vorgeworfen hatte, der Mutterkonzern wäre nicht an Investitionen in die Pipelines interessiert, weil Russland weitere Pipelines unter Umgehung der Ukraine bauen könnte....

Dnr-online.ru/dan-news.info: Während seines Besuches in Gorlowka legte das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko heute am Denkmal für die getöteten Einwohner Blumen nieder.

Das Denkmal für die friedlichen Einwohner Gorlowkas, die in der Folge der Aggression der ukrainischen Truppen in den Jahren 2014 bis 2017 getötet wurden, wurde am 27. Juli dieses Jahres eingeweiht, am dritten Jahrestag des massiven Beschusses von Gorlowka von Seiten der ukrainischen Streitkräfte. Das Marmordenkmal, das im Zentrum der Stadt liegt, besteht aus einer Platte mit den Namen von 235 gefallenen Gorlowkern und der Figur eines Engels. Das Republikoberhaupt legte Blumen nieder und ehrte das Andenken der von der Ukraine ermordeten unschuldigen Kinder und Erwachsenen.

Danach sprach Sachartschenko mit Einwohnern von Gorlowka.

„Hier starben Hunderte von friedlichen Einwohnern, in der gesamten Republik starben Tausende. Dies sind unsere Landsleute, unsere Verwandten und Freunde. Hier auf dem Denkmal ist der Name eines getöteten elf Monate alten Mädchens, heute hätte sie Geburtstag. Es ist schrecklich dies zu sehen. Aber nicht wir sind nach Dnjepropetrowsk, Lwow, Kiew gekommen. Sie sind in unser Land mit der Waffe in der Hand gekommen. Glaubt mir, sie werden für alles zur Verantwortung gezogen, ihnen wird für alles vergolten werden“, sagte Alexandr Sachartschenko.

„Die ukrainische Regierung sagt, dass bei uns die Beschüsse weniger geworden sind. Aber die ukrainischen Truppen unternehmen praktisch an jedem Abend Versuche, unsere Positionen zu durchbrechen.

Vorgestern gab es einen Durchbruchversuch im Süden der Republik, vor einigen Tagen am Swetlodarsker Bogen.

Die Lage ist äußerst schwierig und angespannt. Der Gegner verstärkt seine Positionen, bringt Munition, Treibstoff und Personal heran“, sagte Alexandr Sachartschenko später zu

Journalisten.

Außerdem überreichte Alexandr Sachartschenko in Gorlowka einer alleinerziehenden Mutter mit zwei Kindern, eines davon krank, die Schlüssel für eine neue Wohnung.

„Solche Familien, die Wohnraum benötigen, davon gibt es, das wissen Sie, tausende. In der gesamten Republik sind es nach Angaben aus dem Mai mehr als 2800 Menschen, aber mit jedem Tag werden es mehr. Solange der Krieg ist, wird sich die Zahl erhöhen“, sagte Sachartschenko im Gespräch mit Journalisten. „Was die Wohnung von Wiktorija betrifft, so ist die Wohnung gut, hell, die Einwohnerin ist zufrieden“.

de.sputniknews.com: Russischer Geheimdienst-Absolvent hackt Casinos weltweit – Ultimatum gestellt

Ein Russe hat Medienberichten zufolge das Zufallsprinzip von Spielautomaten mathematisch gelöst und jahrelang bis zu einer Million Dollar im Monat mit Glücksspiel verdient. Nun stellt er Spielautomaten-Herstellern ein Ultimatum: entweder sie zahlen oder er macht sein Know-how publik.

Alex habe Mathematik und Programmieren an einer der besten russischen Universitäten studiert, schreibt die Zeitschrift „Wired“. Anschließend habe sich der junge Mann an der Akademie des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB und dann an der Militär-Universität Sankt Petersburg in Sachen Kryptographie weiterbilden lassen.

Dem Russen sei es gelungen, den Algorithmus eines Zufalls-Zahlengenerators (PRNG) zu entschlüsseln und eigene Algorithmen zu entwickeln, die den Gewinn garantieren, schreibt das Magazin.

In Sankt Petersburg gründete er demnach eine Firma, die sich auf Betrug der „Betrugsmaschinen“ spezialisiert. Alex habe Agenten in Casinos weltweit, darunter auch in die USA, geschickt, um nach passenden Spielautomaten zu suchen und deren Funktionsprinzip zu filmen. Anhand der Aufnahmen werden laut „Wired“ in Sankt Petersburg Algorithmen erstellt, mit dem der Agent vor Ort dann die Casino-Bank sprengt. Das vierköpfige Team gewinnt laut dem Blatt rund 250.000 US-Dollar pro Woche. Den Löwenanteil von 90 Prozent kassiere Alex selbst, dessen Agenten keine speziellen Kenntnisse besitzen und lediglich seine Aufträge erfüllen.

Der Programmierer nehme vor allem die Spielautomaten des australischen Herstellers Aristocrat Leisure ins Visier. Im November 2016 soll Alex von dem in Sydney ansässigen Unternehmen Lösegeld gefordert und gedroht haben, die Gewinnalgorithmen im Internet publik zu machen.

Laut Alex verletzt seine Tätigkeit nicht das russische Recht. Sich selbst verstehe er als „Gegenstück zum globalem Glücksspielsystem, in dem das Casino immer der Gewinner ist“. „Die Glücksspielentwickler sagen, sie würden den Menschen Attraktion anbieten... Doch in der Tat helfen sie den Casinos, den Menschen ihr Geld zu nehmen“, rechtfertigt Alex sein Geschäft. „Ich helfe mir selbst und weiteren Menschen, den Casinos das Geld zu nehmen.“



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31693/91/316939147.jpg>

Dan-news.info: „Gegen 12:20 hat die ukrainische Seite **Kominternowo** beschossen, der Beschuss dauerte bis 13:00“, teilte das operative Kommando der DVR mit. Es wurde mit Mörsern des Kalibers 120mm geschossen, es wurden mindestens zehn Mörsersgeschosse abgeschossen. Informationen über Verletzte und Zerstörungen werden ermittelt.

Ukrinform.ua: Etwa 30 000 Flüchtlinge aus dem Donbass wollten in die EU. Seit drei Jahren des Krieges im Osten der Ukraine haben fünf europäische Länder 29 895 Gesuche um Aufnahme von ukrainischen Auswanderern aus dem Donbass angenommen, die meiste Zahl der Anträge von Flüchtlingen haben Deutschland und Italien angenommen, entnimmt man dem veröffentlichten Informationsblatt der UN-Agentur für Flüchtlinge. Laut den UN-Angaben wollten nach Deutschland 9 616, nach Italien 9 319, nach Polen 4 278, nach Frankreich 3 459 und nach Schweden 3 148 Menschen auswandern. Nach Russland aus dem Gebiet der Antiterror-Operation (ATO) in der Ostukraine wollten 427 240 unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger auswandern und die Ukraine hat 1 583 759 Binnenvertriebenen Unterkunft gewährt.

de.sputniknews.com: Ukrainer streben nach Europa und „brauchen nicht nach Russland zu fahren“ - Kiew

Der ukrainische Infrastrukturminister Wladimir Omeljan sieht eigenen Worten zufolge keinen Sinn darin, dass die Ukrainer nach Russland oder in den Donbass reisen.

„Wir haben den Eisenbahnpersonen- und —güterverkehr mit der Krim und dem okkupierten Donbass eingestellt. Ich denke, dass wir nicht dorthin fahren müssen. Wir brauchen tatsächlich nicht nach Russland zu fahren, ausnahmsweise nur zum Besuch der Familie, wenn es dort eine solche gibt. Wenn wir nach Europa streben – dann müssen wir nach Europa gehen“, sagte Omeljan am Dienstag gegenüber dem Internetportal „Obosrewatel“.

Im Juli hatte der ukrainische Präsident Petro Poroschenko erklärt, Kiew wolle die biometrische Kontrolle für Bürger anderer Staaten einführen, die die ukrainische Grenze passieren. Laut dem Chef des ukrainischen Sicherheits- und Verteidigungsrates, Alexander Turtschinow, werden von dieser Neuregelung in erster Linie die Russen betroffen sein.

Zudem hatte die im Parlament vertretene Fraktion der „Volksfront“ dazu aufgerufen, den Gesetzentwurf über die Abschaffung der Visafreiheit mit Russland zur Sprache zu bringen. Das ukrainische Parlament kann dieses Dokument bereits im Herbst erörtern.

Dnr-online.ru: Der Vorsitzende des Volkssowjet der DVR Denis Puschilin hat die Existenz von Zollkontrollen zwischen der DVR und der LVR eine notwendige Maßnahme genannt. Er trat aber dafür ein, die Zollkontrollen für örtliche Einwohner erheblich zu erleichtern. „Die Frage des Zolls zwischen der DVR und der LVR kommt ständig auf. In Russland versteht man überhaupt nicht, wie das möglich ist. Die Situation besteht in folgendem. Aus einer Reihe von Gründen wurden in Lugansk Schmuggelwege organisiert, unter anderem aus Russland. Und sie sind bis heute damit nicht fertig geworden. Es ist Schmuggel von Treibstoff, Alkohol usw. Ursachen dafür gibt es sehr viele. Aber Sie haben absolut richtig angemerkt, dass der Zoll eine Reihe von Unbequemlichkeiten für die Menschen darstellt, die hier arbeiten. Wir schlagen vor, Listen aufzustellen und maximal darauf hinzuwirken, dass diese Menschen eine vereinfachte Prozedur durchlaufen. Das ist jetzt die einfachste Lösung“, sagte der Vorsitzende des Volkssowjets.

de.sputniknews.com: Jahrestag des Fünf-Tage-Kriegs: Putin verspricht Abchasien Schutz
Wladimir Putin ist am Dienstag nach Abchasien gekommen. Beim Treffen mit dem abchasischen Amtskollegen Raul Chadschimba versprach der russische Präsident, dass sein Land auch weiterhin die Sicherheit dieser ehemaligen georgischen Provinz garantieren werde. „Wir haben ganz besondere Beziehungen zu Abchasien“, sagte Putin zu Chadschimba. „Wir garantieren die Sicherheit, die Selbständigkeit und die Unabhängigkeit Abchasiens. Ich bin überzeugt: So wird es auch künftig sein.“

Zentrales Thema des Treffens ist die Entwicklung der Wirtschaft Abchasiens. Insbesondere geht es um die Schaffung neuer Arbeitsplätze und eines funktionierenden Steuersystems. Putin besucht Abchasien am 9. Jahrestag des Beginns des Kaukasus-Kriegs. Im August 2008 schickte Georgien Truppen nach Südossetien, um diese Region zurückzuerobern. Der Angriff, bei dem die südossetische Hauptstadt Zchinwal weitgehend zerstört (Fotos) und zahlreiche Zivilisten sowie russische Friedenssoldaten getötet wurden, konnte erst nach der Intervention russischer Truppen abgewehrt werden. Auch Abchasien, das mit Südossetien vertraglich verbündet war, hatte in dem Krieg Kriegsfreiwillige gegen Georgien geschickt. Nach dem Fünf-Tage-Krieg erkannte Russland Südossetien sowie Abchasien, als unabhängig an und richtete dort Militärstützpunkte ein. Südossetien erklärte seinerseits den Kurs auf Einbindung in die Russische Föderation. De facto hatten sich Abchasien und Südossetien bereits nach dem Zerfall der Sowjetunion 1991 in Unabhängigkeitskriegen von Georgien gelöst, nachdem Tiflis die Abtrennung mit militärischer Gewalt verhindern wollte.

Dnr-online.ru: Vom „Fonds einiger Donbass“ wurden bis zum 8. August 4.036.850 Rubel an 137 Antragsteller von 221 gebilligten Anträgen ausgezahlt, davon 2.226.850 Rubel an 67 Einwohner aus dem zeitweilig von der Ukraine kontrolliertem Donezker Oblast und 1.810.000 Rubel an 70 Antragsteller aus der DVR....

de.sputniknews.com: Verfahren gegen Scooter: Wolfgang Kubicki gibt ukrainischem Botschafter Rat

Der stellvertretende FDP-Bundesvorsitzende Wolfgang Kubicki hat auf die Aufforderung des ukrainischen Botschafters in Deutschland reagiert, den Frontmann der Dance-Gruppe Scooter H.P. Baxxter als Juror aus der Sendung „Deutschland sucht den Superstar“(DSDS) auszuschließen.

„Ein ausländischer Botschafter soll die Grenzen der gebotenen Zurückhaltung nicht

überschreiten“, postete der Politiker auf Facebook.

Er erinnerte den Ukrainer an die Gefahr, „sehr schnell zur Persona non grata zu werden“. Er fügte auch hinzu, Deutschland sei ein Rechtsstaat und keine Diktatur.

Am Montag hatte auch der TV-Sender RTL, der DSDS ausstrahlt, auf den Aufruf des ukrainischen Botschafters in Berlin geantwortet. „Die Auswahl und Organisation seiner Auftritte als Musiker ist ausschließliche Angelegenheit von H.P. Baxxter bzw. dessen Management. Wir kommentieren diese daher nicht“, hieß es in dem diesbezüglichen Statement...

Dnr-online.ru: Während des gesamten militärischen Konflikts hat in Donezk der Wiederaufbau von Infrastrukturobjekten und Wohnraum, der zielgerichtet durch die ukrainischen Truppen zerstört wurde, nicht aufgehört. Dies berichtete in einem Interview mit der offiziellen Seite der DVR der Bürgermeister von Donezk Alexej Kulesmin.

„Donezk lebt schon seit drei Jahren unter Kriegsbedingungen und ich vergleiche nie, wer mehr abbekommen hat. Der Krieg ist noch nicht zu Ende und die ukrainischen Soldaten haben Waffen, die in der Lage sind, praktisch jeden Punkt unseres Bezirks zu „erreichen“. Und wir alle kennen ihre Absichten. Dank dem Oberhaupt der DVR bauen wir während des gesamten Kriegs beschädigte Objekte wieder auf, einige von ihnen werden dann zielgerichtet von neuem zerstört“, sagte der Bürgermeister.

Bezüglich der Statistik der Zerstörungen an Wohnraum sagte Alexej Kulesmin, dass bis heute in der Hauptstadt mehr als 8500 Wohnhäuser teilweise oder ganz zerstört wurden.

de.sputniknews.com: Warum Warschau Kiew mit Pass-Design provoziert

Die Pläne Warschaws, eine Kapelle im westukrainischen Lwiw in Polens neuem Bürgerpass abbilden zu lassen, sind ein Zeichen dafür, dass Warschau über die Politik Kiews verärgert ist. Diese Ansicht äußerte der Politologe Igor Rjabow gegenüber dem Portal FAN.

Es handle sich dabei um die Unterstützung der radikalen Nationalisten und Anhänger von Stepan Bandera durch Kiew, so der Experte. Seiner Meinung nach hält es Polen auch für möglich, einen Teil seines früheren Territoriums, das heute zur Ukraine gehört, darunter Lwiw, zurückzugewinnen.

Rjabow schloss nicht aus, dass gerade Polen im Falle einer Aufteilung der Ukraine über das Schicksal deren westlichen Teils entscheiden wird. Warschau sei für Kiew weiterhin ein inoffizieller Garant für dessen EU-Integration, so der Politologe.

Das ukrainische Außenministerium hatte dem polnischen Botschafter Jan Pieklo eine Protestnote im Zusammenhang mit der Absicht des Innenministeriums und der Regierung Polens überreicht, die auf dem Lytschakowski-Friedhof in Lwiw befindliche Kapelle in einem neuen polnischen Pass abbilden zu lassen. Auch Litauen protestierte gegen den Plan Polens, die Abbildung des „Heiligen Tores“ in Vilnius im polnischen Bürgerpass zu platzieren.

Ukrinform.ua: Zusätzliche Einberufung zum Wehrdienst in der Nationalgarde

Etwa 1000 Soldaten sollen zum Grundwehrdienst in die Nationale Garde der Ukraine einberufen werden.

Das teilte die Pressestelle der Nationalgarde der Nachrichtenagentur Ukrinform mit. Die Soldaten sollten die Behörden und Justizeinrichtungen schützen und werden im Gebiet der Antiterror-Operation nicht dienen.

Gemäß dem Dekret des Präsidenten Petro Poroschenko vom 7. Juli werden zum Wehrdienst Staatsbürger der Ukraine im Alter von 18 bis 27 Jahre eingezogen.

Abends:

de.sputniknews.com: Saakaschwili behauptet: Ukrainischer Chefdiplomat ist russischer Bürger

Der georgische Ex-Präsident und ehemalige Gouverneur von Odessa, Michail Saakaschwili, hat am Dienstag auf Facebook behauptet, dass der ukrainische Außenminister Pawel Klimkin die russische Staatsbürgerschaft besitze. Dieser konterte prompt.

„Der ukrainische Außenminister Klimkin stellt tagelang Ansprüche an die Länder, die ich schon besucht habe oder in die ich reisen will, anstatt seiner Arbeit nachzugehen. Nebenbei gesagt ist Pawlo Klimkin kein ethnischer Ukrainer, sondern Russe, wurde in Russland geboren, und soweit ich es verstehe, hat er die russische Staatsbürgerschaft und spricht schlechter Ukrainisch als ich. Petro Poroschenko, hier ist noch ein Ausbürgerungs-Kandidat für Sie, nachdem Sie seine Dienste zur Genüge ausgenutzt haben“, schrieb der Politiker in seinem Beitrag.

Klimkin erwiderte ihm auf Twitter: „Im Gegensatz zu manch anderen sammle ich keine Pässe und Lügen. Mein Heimatland war und bleibt die Ukraine“.

Der ukrainische Migrationsdienst hatte Ende Juli mitgeteilt, dass Saakaschwili die ukrainische Staatsbürgerschaft entzogen worden sei. Der Grund dafür sollen von ihm gemachte falsche Angaben bei der Einbürgerung gewesen sein. Der Ex-Präsident befand sich zur Zeit der Ausbürgerung in den USA, später reiste er nach Polen, um es weiterhin zu verlassen. Momentan findet er Unterkunft in Litauen.

Die ukrainische Staatsbürgerschaft wurde Saakaschwili im Mai 2015 verliehen, im selben Monat wurde er zum Gouverneur des Gebietes Odessa ernannt. Im November 2016 hat der ukrainische Präsident Petro Poroschenko Saakaschwili aus dem Gouverneursamt und vom Posten seines Beraters entlassen.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/30111/51/301115152.jpg>

de.sputniknews.com: Georgiens Aggression in Südossetien schuf unüberwindbares Hindernis – Experte

Die Truppen der Südkaukasusrepublik Georgien haben in der Nacht zum 8. August 2008 die abtrünnige Republik Südossetien überfallen. Russland sah sich zu einer Operation zur

Befriedung des Aggressors gezwungen. Zum Fünf-Tage-Krieg zwischen Russland und Georgien äußert sich der Politologe Dmitri Schurawljos im Radio Sputnik.

Am frühen Morgen des 8. August 2008 begann Georgien die Militäroperation „Reines Feld“, das zum Ziel hatte, die unabhängige Republik Südossetien zu vernichten. Danach sollte eine Offensive gegen die frühere georgische Provinz Abchasien gestartet werden.

Die georgischen Truppen nahmen die südossetische Hauptstadt Zchinwal und die Positionen einer in der Region stationierten russischen Friedensmacht unter massiven Artilleriebeschuss. Danach marschierten georgische Spezialtruppen in Südossetien ein, unterstützt durch Panzer. Am Morgen des 8. August beschloss der damalige russische Präsident Dmitri Medwedew den Beginn einer Operation zur Befriedung Georgiens, die am 12. August abgeschlossen wurde. Der russische Einsatz endete mit der Unterzeichnung eines vierseitigen Friedensabkommens und der Anerkennung der Republiken Südossetien und Abchasien als selbstständige Staaten durch Moskau. Georgien brach die diplomatischen Beziehungen zu Russland ab.

Schurawljos zufolge war sich der damalige georgische Präsident Michail Saakaschwili sicher, dass die USA seine Handlungen nicht nur verbal, sondern auch real unterstützen würden.

„Georgien schwelgte damals in der Illusion von Allmacht, weil die USA der Republik jegliche Hilfe erwiesen hatten. Die Denkweise wie im Kindergarten: Amerika sei das stärkste Land, es unterstütze uns, deshalb seien wir stärker als alle anderen. Aber gleich zu Beginn des Konflikts lief für Georgien alles schief. Der schwere Fehler wurde, denke ich, erst nach dem Machtwechsel in Tiflis (nach den Wahlen von 2013 – Anm. der Redaktion) anerkannt“, fuhr der Experte fort.

Georgien habe mit seiner Aggression die rote Linie überschritten. Eine Rückkehr Südossetiens und Abchasiens in den Staatsverband Georgiens sei nicht mehr möglich.

„Es ist wichtig zu betonen, dass Russland die Unabhängigkeit der beiden früheren georgischen Teilrepubliken erst nach dem Konflikt anerkannt hat. Vor der Invasion gab es immer noch eine Chance, irgendeine Form von Kontakten zu Georgien zu finden. Allerdings war diese Chance äußerst gering. Nach dem Konflikt ist das vergossene Blut zu einem unüberwindbaren Hindernis geworden“, betonte Schurawljos.